Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Pilganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Nr. 29 — München, 15. Juli 1932 — 19. Jahrgang

Wahlparole

In zwei Wochen werden die deutschen Wähler wieder an die Urne schreiten, um den kommenden Reichstag zu wählen. Auf die Bedeutung dieser Wahl hinzuweisen ist überflüssig. Wie in allen Fällen während der letzten Jahre ist auch diese Wahl für die in Deutschland lebenden Juden infolge der hemmungslosen judenfeindlichen Agitation der gegenwärtig stärksten deutschen Partei, der Nationalsozialisten, noch bedeutungsvoller als für die nichtjüdische Umwelt. Kein Mensch kann voraussehen, wie sich die letzten Ereignisse, die Notmaßnahmen der neuen Regierung, das Ergebnis von Lausanne usw. auf den Wahlausgang auswirken werden. Immerhin ist mit einem starken Anwachsen der radikal antisemitischen Stimmen, verglichen mit den Reichstagswahlen vom Jahre 1930, zu rechnen. Es ist erfreulich, daß sich in Deutschland gegenwärtig eine geschlossene antifaschistische Front gebildet hat. Man kann also hoffen, daß es der vereinigten antisemitischen Rechten nicht gelingen wird, allein die Mehrheit im kommenden Reichstag zu erlangen. Zu diesem Zweck ist es aber nötig, daß auf Seiten aller verfassungstreuen Richtungen alles getan werde, um eine Zersplitterung und einen unverzeihlichen Stimmenverlust zu verhindern. Die jüdischen Wähler werden also gut daran tun, sich bei der Abgabe ihrer Stimmzettel diese Überlegung vor Augen zu halten. Sonst kann eine jüdische Parole in diesem Augenblick, unter bewußter Hintansetzung aller privaten Interessen, nur lauten: Keine Stimme für antisemitische Parteien und auch für solche Richtungen, die mit den Antisemiten in Listenverbindung stehen.

Die letzten Vorgänge in Deutschland haben in der ausländischen Judenheit das größte Aufsehen erregt und die Bereitschaft erzeugt, der deutschjüdischen Gemeinschaft zu Hifle zu kommen. Pressestimmen und Protestversammlungen legen Zeugnis von dieser Haltung der Juden im Auslande ab. Der Kampf der Auslandsjuden gegen die Enteignungsentschließung gegenüber den Ostjuden nützt auch den eingesessenen deutschen Juden. Wohl oder übel müssen die antisemitischen Heißsporne und Gesetzesmacher auf die Tatsache Rücksicht nehmen, daß sie die in Deutschland lebenden ausländischen Juden nicht als Freiwild betrachten dürfen. Diese Erkenntnis muß auf sie ernüchternd wirken. Wie Auslandsjuden sich zu den letzten Ereignissen in Preußen-Deutschland stellen, lehrt ein Beitrag, den wir von einem ehemals in Deutschland wohnhaften, nunmehr in seine Heimat zurückgekehrten Juden bekommen haben und den wir nachstehend im Auszug wiedergeben.

Die Lage in Preußen nimmt bedrohlichen Charakter an. Mit banger Sorge sieht die preußische Judenheit der Zukunft entgegen, schon die nächsten Tage können das Unglück über sie hereinbrechen lassen. Zwar kommt den letzten Beschlüssen des preußischen Landtages keine praktische Bedeutung bei, sie sind nur als Demonstrationsanträge zu werten. Die Regierung wird ihnen nicht entsprechen, denn sie verstoßen gegen die Reichsverfassung und sind auch keine Gesetze, sondern nur Anregungen, denen die Regierung nicht nachkommen muß.

Wie dem aber auch sei — daß es so weit kommen konnte, ist Beweis genug, daß die politische Atmosphäre in Deutschland unerträglich geworden ist. Was wir seit jeher befürchtet haben, beginnt sich zu bewahrheiten. Die Nationalsozialisten wissen selbst nur zu gut, daß ihr außenpolitisches Programm ein Hirngespinst ist, und aus ihren Erklärungen in der ausländischen Presse geht klar hervor, daß sie wenigstens vorläufig nicht die mindeste Absicht haben, mit ihren Revisionsplänen ernst zu machen. Sie wissen, daß es dann nicht nur ihnen, sondern dem ganzen deutschen Volke an den Kragen gehen wird. In der Innenpolitik gab es zwar eine Zeit, wo sie sich sehr revolutionär und marxistisch gebärdeten, aber als ihnen das von ihren Geldgebern übel genommen wurde, mußten plötzlich auf Befehl des Braunen Hauses alle irgendwie nach Sozialismus riechenden Mäuler verstummen. Damals kam es zur Spaltung der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter"-Partei, eine Gruppe unter Hauptmann Stennes revoltierte und wurde aus der Partei ausgeschlossen. Was aber bis dahin nur stilles Geheimnis war, weiß heute jedes Kind: Hitler ist seinen Geldgebern auf Tod und Leben verschrieben, xmal hat er den Geldsäcken der Schwerindustrie und den Hohlköpfen des ehemaligen Hofes seine Loyalität beteuert, wofür er schmunzelnd den gesalzenen Scheck des Herrn Krupp von Bohlen einstecken darf.

Was fängt man aber mit der Masse an? Die ist bekanntlich launisch wie das Wetter und wechselt ihre Götter wie die Hemden. Was heute Hitler ist, kann morgen Thälmann sein, noch dazu, wenn man sich in seinen Hoffnungen auf Arbeit und Brot getäuscht sieht und Herr von Papen statt des erwarteten Goldregens nur neue Notverordnungen und Lohnkürzungen vom Himmel seines Lachkabinetts fallen läßt. Etwas muß geschehen, um dieser unbequemen Masse den Mund zu stopfen. Und so wirft man ihr — den Juden zum Fraß hin. Ob sie sich daran satt essen wird, ist mehr als fraglich. Gewiß wird sie aber für eine Weile Not und Hunger

vergessen. Nachdem jahrelang vorher systematisch die Schuld an all dem Unglück, das Deutschland getroffen, angefangen vom Ausgang des Weltkrieges und dem „Schmachvertrag" von Versailles bis zu Youngplan, Arbeitslosigkeit und Bankenkrach nicht jenem größenwahnsinnigen Halbidioten von Gottes Gnaden und seinen Hofvasallen, sondern den Juden zugeschoben wurde, soll nun der Jude ganz ausgerottet werden und aus dem deutschen Leben verschwinden. Das geht verhältnismäßig leicht und schmerzlos. Für das deutsche Volk natürlich. Das Ausland wird sich gewiß nicht um die paar armseligen hunderttausend deutschen Juden kümmern, es hat an seinen eigenen Sorgen und — Juden genug und übergenug, also feste druff! Und schon wird in allen Landtagen Judenentrechtung und Schächtverbot beantragt, schon werden jüdische Angestellte aus Geschäften und Büros, jüdische Journalisten aus den Redaktionen, jüdische Schauspieler und Regisseure aus den Theatern gejagt und nun soll auch das Vermögen der Juden konfisziert werden.

Es ist das alte Rezept: Der Sündenbock! Wir kennen ihn aus dem Mittelalter, wir kennen ihn aus dem alten Rußland. Deutschland, dem „Herrenvolk", an dessen „Wesen die Welt genesen soll", ist es beschieden, ihn wieder herrlich auferstehen zu lassen. Schwere Zeiten kommen über das Judentum und die deutschen Juden werden die ersten sein, die ihr Judesein in furchtbar tragischer Form zu spüren bekommen werden. Es verleiht dieser Tragik einen bitteren Beigeschmack, daß gerade die deutschen Juden es waren, die sich mit ihrem Wirtsvolk ganz verwachsen glaubten, die meinten, es bedürfe nur einer besonderen Leistung des Juden, um in den offenen Armen seiner Umwelt als gleichberechtigt und gleichwertig zu landen. Und sie taten alles, um dieses „Gleich" zuerkannt zu bekommen. Obwohl kaum ein Prozent der Gesamtbevölkerung, vollbrachten sie übermenschliche Leistungen, stellten sich durch hervorragende, oft geniale Persönlichkeiten an die Spitze von Literatur, Kunst und Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Technik. Und das Ergebnis? Das gerade Gegenteil dessen traf ein, was sie erwartet hatten. Mit der Leistung des Juden stieg auch der Haß gegen ihn und die Anfeindung, wuchs die Gefahr für sein Leben und seine Existenz.

Vielleicht wird aber diese entsetzliche Zeit, die unsere Brüder in Deutschland jetzt durchmachen müssen, wenigstens den einen Vorteil haben und sie das begreifen lassen, was Rathenau und seine Zeit nicht verstand: Nicht Anpassung an Fremdes, noch Arbeit, ja nicht einmal Aufopferung für Fremde, sondern einzig Besinnung auf sich selbst und Arbeit für sich selbst und seine Art macht den Menschen wie den Juden erst — zum Menschen unter Menschen.

Hans Goslar über „Die Sozial- und Wirtschaftsethik des Alten Testaments"

Vortrag im Deutschland-Sender

Berlin, 8. Juli. (JTA.) Im Hinblick auf den Verleumdungsfeldzug der Nationalsozialisten gegen das Alte Testament und die im evangelischen Teil des deutschen Volkes überhandnehmende, sogar von manchen Kirchenkreisen genährte Bewegung, das Alte Testament als „rassisch-jüdisch" auch aus dem religiösen Leben auszuschalten, ist es bemerkenwert, daß der Deutschland-Sender Königswusterhausen Herrn Ministerialrat Hans Goslar Gelegenheit gegeben hat, eine Vortragsreihe über „Sozial- und Wirtschaftsethik des Alten Testaments" zu halten. Der erste Vortrag der Reihe fand am Donnerstag, den 7. Juli, 18.30 Uhr statt.

Auch wir Heutigen, sagte Hans Goslar, können manches, ja sogar erstaunlich viel an großen Gesichtspunkten und Leitsätzen zu Nutz und Frommen unserer Zeit aus dem Sozial- und Wirtschaftssystem des Alten Testaments lernen. Man muß sich allerdings vorher darüber klar sein, daß das Alte Testament nicht eine Sammlung von Legenden und Heldensagen sein will — im Gegenteil bestätigen alle bisher gemachten Ausgrabungen in der alten vorderasiatischen Kultursphäre die geradezu verblüffend genaue und zuverlässige Berichterstattung der Bibel über alle historischen und völkerkundlichen Begebenheiten und Zustände ihrer Zeit und der Vorzeit. Das Alte Testament ist vor allem ein Lehr- und Gesetzbuch, das ein einheitliches System darstellt, das allerdings erst in seiner Ganzheit und in seiner gewollten Gegensätzlichkeit zu den vorzeitlichen und zeitgenössischen Kulturen klar erkennbar wird, wenn man das gewaltige Material mit berücksichtigt, das die sogenannte mündliche Überlieferung des Judentums — etwa 1800 Jahre hindurch getreu fortgepflanzt und erst dann in Form der „Mischna" niedergeschrieben — der schriftlichen Überlieferung der Bibel zur Seite stellt. Sehr geistvoll hat ein neuerer, fest auf dem Boden der sinaitischen Offenbarung der Bibel stehender jüdischer Gelehrter, Samson Raphael Hirsch, das Alte Testament das kurze, nur Lehrsätze enthaltende Stenogramm eines großen Kollegs genannt, das nur von dem voll verstanden werden kann, der das gesamte Kolleg — in diesem Fall die mündliche Lehre — gehört hat. Das Wirtschafts- und Sozialsystem ist, entsprechend dem Zweck der Erziehung einheitlicher Menschen, die sich zu einem harmonischen Volk als Vorbild endlich für eine einheitliche, in hochstehender friedlicher Gesinnung miteinander verbundene Menschheit zusammenfügen sollen, ein geschlossenes Ganzes. Ziel und Zweck des Systems ist vor allem der lebende Mensch, ist die Schaffung von Zuständen, die ihm ein arbeitsames, aber gerade darum freies und glückliches Leben ermöglichen sollen. Dieser Zustand kann nur erreicht werden, wenn das Volk nicht gespalten und zerrissen wird durch den unheilbaren Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Den zwölf Stämmen wird je ein Bodenanteil im Lande zugewiesen. Als Sicherungsmaßnahme dagegen, daß manche Familien für immer ihres Bodens verlustig gehen und als besitzlose Proletarier in die Stadt und ins Elend abgedrängt werden, wird gesetzlich bestimmt: der Boden kann überhaupt nicht auf immer verkauft werden. Rechtlich möglich ist nur die Abtretung des Bodens in Gestalt des Verkaufs der Ernten bis zum „Jobeljahr". Aber auch bis zum „Jobeljahr" kann der Besitzer jederzeit, sobald er wieder in bessere Verhältnisse gekommen ist, den Besitz wieder erwerben. Für den neuen Besitzer besteht gesetzlicher Zwang zur Wiederherausgabe. Ebenso kann ein Verwandter des Besitzers als „Goel" (Erlöser) jederzeit den Boden für den Verarmten zurückerwerben. Auch im schlimmsten Falle kann eine Familie niemals länger als auf eine Generation vom Bodenbesitz abgedrängt werden. Der Boden ist ein Lehen Gottes an die Menschheit, die Urproduktion durch die Bodenbearbeitung die gesunde und unersetzbare Grundlage jedes menschlichen Gemeinwesens. Daher darf der Boden niemals Spekulationsobjekt werden. Die Bestrebungen der Bodenreform von

heute knüpfen ausdrücklich an diese dreieinhalbtausend Jahre alten vorbildlichen mosaischen Bestimmungen an. — Hans Goslar skizzierte die Grundlagen des Sabbath-Jahres (Schmittah) und führte dann aus: Über dieses großartige Dokument einer restlosen Volkssolidarität ohne jede hemmende Einschränkung als eine immerwiederkehrende Anerkennung des göttlichen Lebenscharakters und infolgedessen des Allgemeingutes des erntetragenden Nährbodens. Denn es folgt die weitere Bestimmung, daß das alles keineswegs etwa nur für den Volksgenossen Geltung haben solle, vielmehr hat jeder Fremde, der sich im Lande aufhält, das gleiche Recht, in jeden Weinberg und auf jeden Acker zu gehen und sich das zu holen, was er als Tagesbedarf verzehren will.

Hans Goslar erläuterte eingehender die Institution der „Peah“, d. h. der Ecke des Feldes, die nicht abgeerntet werden darf. Jeder Landmann muß eine Ecke seines Feldes bei der Ernte übergehen und die Früchte stehen lassen; sie gehört den Armen, die einen festen Rechtsanspruch darauf haben. Demselben Geist entspringt die weitere Bestimmung, daß der Ernte auf dem Acker, im Weinberge, auf den Olivenbäumen und überall sonst keine Nachlese folgen darf. Was übersehen und liegen oder hängen gelassen worden ist, gehört ebenfalls den Armen. Denselben Rechtsanspruch hatte auch der Fremde, also der Asylrecht genießende Ausländer.

Goslar umschrieb die Institution des „Maasser“, d. h. der jährlichen Zehntabgabe von allem Geernteten, eine Abgabe, die jedes dritte Jahr ausschließlich den Armen gegeben werden muß, in anderen Jahren wieder mehr religiös-kultischen Zwecken zugute kommt. Immer ist die Lehrtendenz: Besitz verpflichtet.

Das jüdische Gesetz verpönt den Zinsbegriff. Ein Gelddarlehen wird ausschließlich als brüderliche Hilfe aufgefaßt. In dem Zinsverbot kommt sichtbar die Tendenz der Entkapitalisierung des Geldes zum Ausdruck. Geld soll Segen spenden, nicht aber Zinsversklavung sein.

Hans Goslar schloß: Das alttestamentarische Gesetz hat zwei Bedeutungen: Erstens die als die magna charta, als Grundgesetz des jüdischen Staats- und Volkslebens, sodann aber darüber hinaus als Menschheitswegweiser durch Aufstellung eines Vorbildes in der jüdischen Staatsverfassung. Für das jüdische Volk konnte das Zinsverbot eingesetzt werden, weil hier Darlehensuchende und Gebende unter dem gleichen Recht standen. Gegenüber dem Ausländer war aber für den Bewohner des jüdischen Staates, der mit ihm in Handels- und Grenzverkehr stand, Gegenseitigkeit nicht verbürgt. So muß sich denn das Alte Testament hier damit begnügen, dem Volk, dem es Staatsgesetz sein wollte, das Zinsverbot praktisch aufzuerlegen und damit allen anderen Völkern, die unter dem System ihrer Geldwirtschaft leiden, ein weithin sichtbares Fanal, ein Merkzeichen als Vorbild aufzurichten — ein Vorbild, wie es sozialer und wirtschaftsethisch stärker nicht gedacht werden kann.

Reichsregierung für staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden

Die Münchener Zeitung „Welt am Sonntag“ teilte mit, daß sich prominente Vertreter deutscher jüdischer Organisationen an das Reichskabinett gewendet und ihm die Frage vorgelegt haben, ob es entschlossen sei, den bisherigen Rechtszustand der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden zu wahren. Die Reichsregierung habe hierauf durch Staatssekretär Planck antworten lassen, sie lehne jeden Antisemitismus ab, und alle Befürchtungen, daß die staatsbürgerliche Stellung der deutschen Juden sich verschlechtern könne, seien unbegründet. Diese Erklärung — so hieß es in der Meldung des Münchener Blattes weiter — habe Herr Staatssekretär Planck mit der ausdrücklichen Bitte abgegeben, der Öffentlichkeit von dieser Stellungnahme des Kabinetts keinerlei Kenntnis zu geben.

Die Meldung wurde von einigen Berliner Zeitungen übernommen. Das „Berliner Tageblatt“ reproduziert sie mit der Überschrift: „Ein seltsames Schweigegebot.“

Auf einer Pressekonferenz des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am 11. Juli 1932 wurde zu dieser Meldung der Tagespresse mitgeteilt, daß seitens jüdischer Organisationen keinerlei Empfang bei der Reichsregierung nachgesucht worden ist, eine Erklärung der Reichsregierung aus einem solchen Anlaß also auch nicht abgegeben werden konnte. Die zitierten Äußerungen des Staatssekretärs Dr. Planck stehen im Zusammenhang mit einer Meldung der Jüdischen Telegraphen-Agentur vom 5. Juni, die mit Kenntnis und Billigung der Reichsregierung veröffentlicht worden ist. Sie sind in einem Briefe des Staatssekretärs Planck enthalten, der inhaltlich mit der in der Presse verbreiteten Darstellung übereinstimmt. Ein Schweigegebot ist an dieses Schreiben nicht geknüpft worden.

Die JTA.-Meldung, auf die oben Bezug genommen wird, lautete:

„Im Zusammenhang mit den pessimistischen Betrachtungen einer Reihe jüdischer Zeitungen in Deutschland in bezug auf die Gestaltung der inneren Lage wird uns von einer gut informierten Persönlichkeit mitgeteilt, daß zu irgendwelchen Besorgnissen keinerlei Anlaß besteht. Allen bisherigen Äußerungen des neuen Reichskanzlers von Papen und den offiziellen Regierungserklärungen ist klar zu entnehmen, daß die neue Reichsregierung entschlossen ist, im Sinne der vom Reichspräsidenten von Hindenburg ihr übertragenen Aufgabe die Verfassung strengstens zu handhaben und es nicht zuzulassen, daß die Gleichberechtigung des einen oder anderen Teils der Bürger angetastet oder daß sonst von Staats wegen einer Klasse oder Religion mit Voreingenommenheit begegnet wird. Auch die in den letzten Tagen vollzogenen Neuernennungen hoher Beamter bieten hierfür eine Gewähr.“

Sowohl die Mitteilung des Central-Vereins wie der „Welt am Sonntag“ oder doch das mehr zur Beruhigung des Auslandes gegebene Interview sind im höchsten Maße merkwürdig. Einen besonderen Anlaß zur Beruhigung gibt keine einzige dieser Auslassungen. Im übrigen kann man nur darauf hinweisen, daß die gegenwärtige Reichsregierung in jüdischen Angelegenheiten noch keine Maßnahmen ergriffen hat; nach neueren Berichten ist indessen der Rundfunk von nationalsozialistischer Seite zu recht heftigen antisemitischen Agitationen benützt worden, ohne daß von einem Eingreifen der Reichsregierung verlautet hätte.

Vorne so — hinten so

Unter diesem Titel schreibt die „Münchner Post“:

Man ist in diesen Zeiten des Verfalls der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und der Entwertung

bürgerlicher Moralbegriffe einiges gewöhnt und man wundert sich längst nicht mehr, wenn der größte Teil der kapitalistischen Presse, der Spiegel der bürgerlichen Welt, von den Verfallserscheinungen nicht nur angekränkelt ist, sondern teilweise tonangebend vorausgeht. Ein Musterbeispiel hierfür ist der stockreaktionäre großkapitalistische Nürnberger „Fränkische Kurier", ein Blatt, das wiederholt schon charakterathletische Kraftproben von sich gegeben hat. Vorn im redaktionellen Teil heißt das Blatt in geradezu widerlicher Weise alles gut, was das Braune Haus an Gemeinheiten gegen die Arbeiterschaft und gegen das Judentum von sich gibt, das hält aber nicht ab, hinten um so eifriger um jüdische Inserate zu werben.

Ein besonders typisches Beispiel für die Gesinnungstüchtigkeit dieses „vornehmen Blattes Nordbayerns" liefert die Nummer 185 vom 6. Juli. Tagelang schwelgte die politische Redaktion auf den beiden ersten Seiten in übertriebenen Schilderungen der Münchener Braunhemdenmaskerade und registrierte feinsäuberlich jeden Ton, den irgendein hakenkreuzlerischer Bonze von sich gab. Auf der letzten Seite der gleichen Nummer aber füllt eine volle Viertelseite Raum eine Protestentschließung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gegen die Nazi-Judenhetze. „Wir erheben, heißt es da — feierlichen Einspruch gegen die schmachvolle judenfeindliche Hetze in unseren Heimatstädten. Erbittert wenden wir uns gegen die Verleumdungen und Beschimpfungen. Mit Zorn und Entrüstung verwahren wir uns gegen die Schandplakate „Die Juden sind unser Unglück" und „Fertigmachen nach Palästina".

Wir verlangen, daß einem Zustand ein Ende gemacht werde, der mit einem Rechtsstaat unvereinbar ist. Wir wenden uns an alle gerechtdenkenden Mitbürger, wir wenden uns an Reich und Land und rufen sie auf, den ungehemmten Schmähungen und der gefährlichen Aufreizung zum Haß endlich Einhalt zu tun."

Soweit die „Münchner Post". Uns will scheinen, daß man in diesem Falle nicht nur das Verhalten des „Fränkischen Kurier", sondern auch das des Central-Vereins angreifbar gewesen ist.

Aus der jüdischen Welt

Max Liebermanns 85. Geburtstag

Berlin. (JTA.) Am 20. Juli vollendet der große Maler Professor Max Liebermann sein 85. Lebensjahr. Max Liebermann wurde 1847 in Berlin als Sohn einer angesehenen jüdischen Fabrikantenfamilie geboren, bezog 1868 die Universität, um Philosophie zu studieren, besuchte gegen den Willen seines Vaters heimlich die Malakademie, wo er bald ein Meisterschüler Karl Steffecks wurde. Mit Einwilligung seines Vaters ging dann Max Liebermann 1869 nach Weimar, wo er bei Ferdinand Pauwels malte und bei Tumann zeichnete. 1873 entstand Liebermanns erstes größeres Gemälde „Die Gänserupferinnen". 1879 begab er sich nach Holland, wo er mit Josef Israels in sehr freundschaftliche Beziehungen trat. 1880 entstand hier sein Bild „Alte Frau am Fenster" sowie das zu seinen kostbarsten Schöpfungen gehörende Bild „Altmännerhaus in Amsterdam", das ihm in Paris eine Medaille und die Ernennung zum Ritter der Ehrenlegion eintrug. Im Dezember 1873 übersiedelte er nach Paris, wo er sehr viel von Manet, Millet und anderen modernen französischen Malern lernte. 1884 ließ sich Liebermann in Berlin dauernd nieder.

Als Radierer errang Liebermann ebenfalls große Bedeutung.

Auch als Kunstschriftsteller hat sich Liebermann hervorgetan, er schrieb Monographien über Degas, Josef Israels, Menzel und Manet, ferner „Über die Phantasien der Malerei" u. v. a.

Liebermann wurden im Verlauf seines reichen schöpferischen Lebens außerordentlich viele Ehrungen zuteil. Er ist Ehrendoktor der Universität Berlin, besitzt die Großen Goldenen Medaillen von Berlin, München, Paris, Dresden, Antwerpen und Venedig, ist Ehrenmitglied der meisten Akademien des Festlandes und Ehrenpräsident der Berliner Kunstakademie.

Max Liebermann hat wiederholt an jüdischen sozialen und charitativen Angelegenheiten Anteil genommen, er förderte den „Bezalel" in Jerusalem und interessierte sich, wie sein an den Bürgermeister von Tel-Awiw Dizengoff vor einiger Zeit gerichtetes Schreiben bezeugt, auch für die junge palästinensische Kunst. In seinem 80. Lebensjahre schuf er die Graphik „Die Mutter der Zwölftausend" zum Gedenken an die zwölftausend im Kriege gefallenen deutschen Juden und widmete sie dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.

60 Jahre Hochschule für die Wissenschaft des Judentums

Berlin, 1. Juli. (JTA.) Die Hochschule für die Wissenschaft des Judentums blickt in diesen Wochen auf ein sechzigjähriges Bestehen zurück. Sie veröffentlicht aus diesem Anlaß einen Bericht, dem die fünf Dozenten kurz gehaltene, doch überaus wertvolle, wissenschaftliche Abhandlungen beigegeben haben, aus denen auch der Laie ein Bild von der Hochschule und ihrem Gebiet gewinnt.

Dem Tätigkeitsbericht des Kuratoriums über das Jahr 1931 geht eine kurze Übersicht über die Geschichte der Hochschule, ihren Auf- und Ausbau während der sechzig Jahre, den Kampf um ihre Unabhängigkeit und um ihre Erhaltung, ihr Vorwärtsstreben, ihre Leistungen und ihre Anerkennung voraus.

Die „Frankfurter Zeitung" und Herr Polizeivizepräsident Weiß

Der rabiate Wahlkampf droht den Rest der Vernunft noch zu zerstören. Das Niveau, auf dem er geführt wird, ist schauerlich. Die NSDAP. gibt dabei den Ton an. Der alte Satz, daß Politik den Charakter verderbe, ist reichlich unsinnig. Es ist gerade umgekehrt: sämtliche Scheußlichkeiten des Charakters, deren die Leute fähig sind, werden hemmungslos über die Gegner ausgeschüttet, — und man ist noch stolz darauf. Spielregeln gibt es nicht mehr. Selbst die Frau des Vizepräsidenten der Berliner Polizei ist vor gemeinen Anwürfen nicht mehr sicher, weil die Nationalsozialisten ihren Mann politisch vernichten wollen. Ob es andererseits richtig ist, in dieser Zeit, wo die Polizei täglich politisch dreinschlagen muß, einen beim Gegner besonders verhaßten jüdischen Vizepräsidenten zu haben, ist eine andere Frage, die man sich längst hätte überlegen müssen.

Von dieser neuen Äußerung der „Frankfurter Zeitung" gilt in erhöhtem Maße, was wir bereits früher im „Jüd. Echo" zum Ausdruck gebracht haben. Wir wären höchst gespannt darauf, was herauskäme, wenn die „Frankfurter Zeitung" sich heute prinzipiell zur Judenfrage äußern würde.

Abermals schwere Ausschreitungen an der Berliner Universität

Berlin, 12. Juli. (JTA.) Am Dienstag, den 12. Juli, gegen ½11 Uhr vormittags entdeckte man in

der Universität, daß an dem Studentengefallenen-Denkmal im Hinterhof der Universität von den Kränzen, die anläßlich der Langemarck-Feier vor einigen Tagen niedergelegt worden waren, Schleifen abgeschnitten waren, und zwar die schwarz-weiß-roten und die Hakenkreuz-Schleifen, während Kränze mit schwarz-rot-goldenen und weißen Schleifen unversehrt geblieben waren. Die Nationalsozialisten nahmen das sofort zum Anlaß, um das gesamte Universitätsgebiet zu terrorisieren. Sie stellten vor das Denkmal eine uniformierte Wache und machten dann auf jüdisch aussehende Studierende und Studenten, die das Abzeichen irgendeinere republikanischen oder anderen Linksorganisation trugen, systematisch Jagd. Jüdische und republikanische Studenten wurden blutig geschlagen und von den Nationalsozialisten durch den Misthaufen, der in einer an die Universität grenzenden Straße zusammengekehrt war, geschleift. Die Linksstudenten sind ahnungslos in diesen erneuten Terror hineingeraten und konnten, da sie sich nur einzeln in den Hörsälen oder in den Gängen befanden, an Abwehr überhaupt nicht denken. Hilfe von außen wurde nicht hereingelassen, da die Pedelle sofort die Tore schlossen. Es erregte den Unwillen der republikanischen Studenten, daß die Tore von den Pedellen jedesmal dann geöffnet wurden, wenn die Nationalsozialisten einen Linksstudenten hinausschleiften, um ihn durch den Misthaufen zu ziehen, andere Studenten aber auch bei diesem Öffnen nicht hineingelassen wurden. Die übliche Polizeistreife, die sich in der Nähe der Universität aufhält, fand ebenfalls keinen Zutritt. Erst als eine verstärkte Streife energisch verlangte, vor die Universität geführt zu werden, öffneten die Pedelle die Tore. Dann kam ein Überfallkommando, das die Ruhe aber nur dort herstellen konnte, wo die Polizei sich gerade aufhielt, während in ihrem Rücken auf die einzelnen jüdischen und Linksstudenten weiter eingeschlagen wurde. Der Rektor erklärte einer Abordnung des Deutschen Studentenverbandes, daß er an das Entfernen der Schleifen durch Linksstudenten nicht glaube. Für so dumm halte er keine Studentenorganisation. Der Deutsche Studentenverband nimmt an, daß es sich um eine bewußte Provokation von rechts handelt.

Die Nationalsozialisten erklärten, daß mit diesem Vorfall der Burgfriede für sie endgültig erledigt sei. Der Deutsche Studentenverband nimmt deshalb an, daß die augenblickliche Schließung der Universität wahrscheinlich bis zu Ende des Semesters andauern wird, da für den Rektor keine Möglichkeit besteht, Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten. Bis zur Mittagstunde zählte man 15 Verletzte.

125. Friedhofsschändung in Deutschland

B e r l i n, 7. Juli. (JTA.) Auf dem jüdischen Friedhof in Butzweiler bei Trier wurden 15 Grabdenkmäler umgeworfen.

In Chemnitz haben bisher nicht ermittelte Täter in der Synagoge Feldstraße sämtliche 24 Scheiben in der Straßenfront zertrümmert.

In Dortmund drangen bewaffnete Nationalsozialisten in das Grundstück der Synagoge und schossen auf den Wächter und einen hinzugekommenen Polizeibeamten, ohne jemanden zu verletzen. Ein dabei verhafteter Nationalsozialist, der mitgeschossen hat, wurde als früherer Fremdenlegionär festgestellt.

Die antijüdischen Beschlüsse im Preußenlandtag

Die antisemitischen Entschließungen des Preußischen Landtages vom 24. Juni haben, wie wir bereits mitgeteilt haben, in der gesamten Welt Aufsehen erregt und zu Protesten Anlaß gegeben. Die Frage, wie für diese Anträge eine Mehrheit zustande kommen konnte und wie Kommunisten und Sozialdemokraten sich bei der Abstimmung verhalten haben, bildet den Gegenstand von Erklärungen und Feststellungen.

Wie haben die Kommunisten gestimmt?

Der Streit, wie die Kommunisten in der Nacht vom 24. auf den 25. Juni im Preußischen Landtag bei Verabschiedung des nationalsozialistischen Antrages, die Ostjuden zu enteignen, gestimmt haben, will noch immer kein Ende nehmen. Wir haben unserer Meinung bereits dahin Ausdruck gegeben, daß die Vorgänge bei der Abstimmung wegen der Übermüdung aller Abgeordneten und des Landtagsbüros trotz der Angaben des amtlichen Protokolls nicht feststehen und auch nicht genau festgestellt werden können. Es wäre abwegig anzunehmen, daß Sozialdemokraten und Kommunisten entgegen ihrer programmatischen Einstellung mit vollem Bewußtsein einem antisemitischen Antrag zugestimmt haben können. Es scheint jedoch, daß die kommunistische Fraktion aus propagandistischen Gründen, um nicht hinter dem Radikalismus der Nationalsozialisten zurückzustehen, für das Gesamtgesetz gestimmt haben, nachdem der kommunistische Abänderungsvorschlag abgelehnt worden war. In dieser Haltung dokumentierte sich eine von den Juden längst bei vielen Angelegenheiten gemachte Erfahrung: daß man bei Wahrnehmung irgendwelcher allgemeiner parteipolitischer Interessen das jüdische Moment, welches hierbei mitspielt, einfach übersieht.

Interessant ist, daß die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages und die kommunistische Presse in Angelegenheit dieser Abstimmung in ihren Angaben miteinander nicht konform gehen. Während kommunistische Landtagsabgeordnete den Sachverhalt so darstellen, wie er sich tatsächlich abgespielt hat, versuchen kommunistische Organe, wie der „Berliner Morgen“ und die „Rote Fahne“, in Abrede zu stellen, daß die Annahme der Enteignungsentschließung nur mit Hilfe der Kommunisten möglich gewesen ist. Es wäre viel klüger, wenn die kommunistischen Zeitungen in diesem Falle der Wahrheit die Ehre geben würden. Nicht nur klüger, sondern auch würdiger.

In W a r s c h a u fand, von der polnisch-demokratischen Gruppe einberufen, eine Protestversammlung gegen die Judenhetze in Deutschland und in anderen Ländern sowie gegen die Ostjuden-Entschließung im Preußischen Landtag statt. An der Versammlung beteiligten sich Vertreter des Ministerpräsidiums, des Außenministeriums und Innenministeriums, Professoren der Warschauer Universität und viele polnische und jüdische Politiker. Am Schluß wurde eine Resolution gegen den antisemitischen Terror angenommen.

Nahum Sokolow beim Außenminister Cunliffe-Lister

L o n d o n, 8. Juli. (JTA.) Der Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency Nahum Sokolow wurde am 7. Juli nachmittags vom britischen Minister des Auswärtigen, Sir Philip Cunliffe-Lister, zu einer längeren Unterredung empfangen. Sokolow legte im Verlauf der Unterredung dar, welche Erwartungen die amerikanische und die kanadische Judenheit, mit denen Sokolow während seiner letzten Amerika-Tour lange Zeit in Berührung war, in bezug auf Großbritannien als Mandatarmacht Palästinas hegen. Er setzte dem

Außenminister den Plan einer umfassenderen Mittelstandssiedlung, verbunden mit Kapitalsinvestierungen, in Palästina auseinander und wies im Zusammenhang damit auf die Notwendigkeit einer radikalen Erleichterung der jüdischen Einwanderung nach Palästina hin. Mit diesen seinen Ausführungen machte Sokolow sichtlichen Eindruck auf Sir Philip Cunliffe-Lister.

Zum Schluß berichtete Sokolow eingehender über seine Tour durch das englische Dominion Kanada und teilte mit, daß die kanadischen Juden besonders an dem landwirtschaftlichen Kolonisationswerk auf Boden des Keren Kajemeth interessiert sind.

Unerhörte Nazi-Skandale im Wiener Landtag und Gemeinderat

Wien, 3. Juli. (JTA.) Im Wiener Landtag und im Wiener Gemeinderat spielten sich am Sonnabend in diesen Häusern noch nicht dagewesene antisemitische Krawalle ab. Die Nazi-Abgeordneten im Landtag verhinderten durch antisemitische Sprechchöre die Verhandlung der Tagesordnung und erklärten, dies solange zu wiederholen, bis der „Jude" Danneberg den Präsidentenstuhl eines deutschen Landtags verlasse. „Rückt ab nach Palästina!" lauteten die Schimpfchöre. Die Parole war: „Auf dem Präsidententenstuhl Dr. Luegers darf keine Jude sitzen!" — Auch im Gemeinderat gab es arge Nazi-Krawalle bei der Behandlung der Frage eines Kreditbeschlusses von S. 5000.— für ein Dr. Ofner-Denkmal. Bei diesen Szenen haben die Christlichsozialen den Nazis Hilfe geleistet.

Polizeigericht von Tel-Awiw wird nicht nach Jaffa verlegt

Jerusalem, 27. Juni. (JTA.) Der High Commissioner General Sir Arthur Wauchope hat den Beschluß der obersten Justizstellen, das Polizei-(Friedens)-Gericht von Tel-Awiw nach Jaffa zu verlegen, annulliert. Die Entscheidung des High Commissioner hat große Befriedigung unter der Bevölkerung von Tel-Awiw ausgelöst. Der Beschluß, das Polizeigericht nach Jaffa zu verlegen, hatte keine Spitze gegen Tel-Awiw, sondern entsprang einem Wunsche richterlicher Autoritäten, die der Meinung sind, daß eine Konzentration des gesamten Gerichtswesens (Jaffa ist bekanntlich Sitz des Distriktsgerichts) dessen Wirksamkeit erhöhen würde.

Arabische Brandstiftung in Kfar Chassidim

Jerusalem, 6. Juli. (JTA.) Unerkannt gebliebene Araber setzten in der jüdischen Kolonie Kfar Chassidim im Emek Jezreel eine Scheune in Brand, wodurch vier Tonnen Korn vernichtet wurden.

Kfar Chassidim war schon im Februar d. J. Ziel eines Angriffs arabischer Banditen, die den Kolonisten Gutermann in der Dunkelheit erschossen. Im April d. J. kam es in Kfar Chassidim zu einem Zusammenstoß zwischen jüdischen Pflügern und arabischen Beduinen, bei dem ein Jude und ein Araber verletzt wurden.

Gemeinden- und Vereins-Echo

In der Ziehung der K.K.L.-Wertlotterie

am 10. Juli fiel der erste Haupttreffer auf Los Nr. 1059, der zweite auf Nr. 307, der dritte auf Nr. 1069, der vierte auf Nr. 749, der fünfte auf Nr. 596 und der sechste auf Nr. 1145. Die übrigen Gewinne können aus der Ziehungsliste ersehen werden, die im Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1, sowie in den bereits mehrfach veröffentlichten Vorverkaufsstellen aufliegen. Die Gewinne wollen bitte bis spätestens 1. August werktägig von 3—6 Uhr im Büro abgeholt werden, da sie sonst verfallen. Wir wünschen den glücklichen Gewinnern viel Vergnügen an ihren Preisen und möchten nicht verfehlen, auf diesem Wege allen denjenigen, die unsere Lotterie durch Gaben oder durch Loskauf unterstützt haben, nochmals unseren herzlichsten Dank auszusprechen.

Jüdischer Nationalfonds München.

Wochenprogramm der V.J.St. Jordania, München

Montag, den 18. Juli 20.30 Uhr: Verbindungskurs.

Donnerstag, den 21. Juli, 19 Uhr: Sport.

Samstag, den 23. Juli, 15 Uhr, Hofgartentor.

Bar Kochba, Damen- und Mädchenabteilung

Während der Schulferien vom 15. Juli bis 1. September fallen die Gymnastikstunden in der Luisenschule aus.

Es wird jedoch besonders darauf hingewiesen, daß die Abteilung für Leichtathletik auch während der Ferien, jeweils Donnerstag 19 Uhr auf dem Sportplatz an der Säbener Straße ihren Betrieb fortsetzt, so daß den Damen und Mädchen auch während dieser Zeit Gelegenheit geboten ist, sich sportlich zu betätigen.

Geschäftliches

Am 17. Juli 1932 beginnt in München die achttägige wundervolle Gesellschaftsreise Wien—Budapest der „Panta", Verkehrsgesellschaft, Abteilung Siemer-Reisen, München. Die Donau, Süddeutschlands mächtigster Strom, gab dieser Reise Ziel und Richtschnur. Der Nibelungen Fahrt klingt herein, indes das Schiff mit Muße die herrlichen Gaue uralten Kulturlandes durchfährt. Wie im Märchen grüßen stolze Burgen und Schlösser vom steilen Fels der Wachau, führen verträumte Dörfer und Städtchen ein friedliches Dasein. Die Kaiserstadt an der Donau, unsterblich in ihrer Eigenart, und Budapest, in Wahrheit königlich zu nennen, bieten unvergeßliche Tage. Anregend empfunden wird die wechselnde Art der Beförderung mit Bahn, Schiff und Luxusomnibussen, jeweils dem Charakter der Gegend und des Landschaftsbildes angepaßt. Näheres durch die „Panta", Verkehrsgesellschaft, Abteilung Siemerreisen, München, Prannerstraße 9.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565, Fernsprecher München 29 74 49, Nürnberg 21 9 12

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15 Meinekestraße 10

Spendenausweis des Keren Kajemeth Nürnberg vom 8. Juli 1932

Spendenbuch: Herr u. Frau S. Bernstein anl. ihres Einzugs 20.—, Herr Leo Forchheimer anl. seiner Genesung 10.—, Herr Max Kaumheimer anl. seiner Genesung 5.—, durch Alfred Blücher (Fürth): Herr u. Frau San.-Rat Dr. Frank (Fürth) anl. der Konfirmation ihrer Tochter 5.—.

Bäume für Martha Kohn-Königshöfers A.-Garten: Leo Königshöfer gratuliert Leo u. Judith Wißmann zur Vermählung 1 B. 6.—.

Bäume für Dr. H. Liebstaedters A.-Garten: R.-A. Feilchenfeld u. Frau gratulieren Herr u. Frau Leo Katzenberger zur Vermählung ihrer Kinder ½ B. 3.—, dieselben gratulieren Georg Spiro u. Frau (Augsburg) z. Vermählung ½ B. 3.—.

Wertzeichen: Dr. Nußbaum 1 Telegramm —.50, Dr. Liebstaedter 1 Telegramm —.50, Ilse Kohn 1 Telegramm —.62, R.-A. Feilchenfeld 2 Telegramme 1.—.

Büchsen: Durch Martha Radoschitski (Oskar Stock 28.10, Klein 4.40, Adler 1.50, Blum, Schneebalg je 1.—, Fleischmann —.90, Wolinsky —.88, Flinker, Schwarz, Ehrlich je —.50) = 39.28.

Durch Tilla Grünbaum (Dr. Dankwerth (Praxis) 9.50, Grünbaum 2.—, Geiringer 1.—) = 12.50.

Durch Leo Grünbaum (Kissinger 7.—, Feilchenfeld 6.21, Dr. Falk 1.41, Dir. Bier 1.—) davon 9.— mit dem vorigen Ausweis schon verrechnet, bleiben 6.62.

Durch Walther Koch (Dr. Riesenfeld 1.25, Gutmann 1.15, Nachmann 1.—) = 3.40.

Durch Pinchas Bügeleisen (Fritz Bamberger 1.70, Dr. Mosbacher 1.13) = 2.83.

Durch Rivkah Rapaport u. Frieda Unnah (Blumenfeld 2.—, Dr. Singer —.25) = 2.25.

Durch Herbert Weißbarst (Frank 1.50, Weißbarst —.60) = 2.10.

Herzberg —.60.

Durch Herrn J. Bißberg aus Koburg (Bernh. Katzenstein 11.—, M. Bißberg 7.20, Benno Kaufmann 5.—, F. Elsbach 3.—, W. Baumwollspinner 2.50, Dr. Gutmann 2.30, Jul. Weiß, Hermann Strauß je 2.—) = 35.—.

Summe: 159.20.

Seit 1. Oktober 1931 aufgebracht: 5606.85.

1932 Wochenkalender 5692

	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	17	13	
Montag	18	14	
Dienstag	19	15	
Mittwoch	20	16	
Donnerst.	21	17	שבעה עשר בתמוז
Freitag	22	18	
Samstag	23	19	פינחס הפטרה דברי ירמיהו (Jer. 1, 1-19. 2, 1-3) (P. R. פרק ו׳)

Jüdischer Arbeitsnachweis

München, Herzog-Max-Str. 5/I • Tel. 92 8 83

Wir bitten sich bei Bedarf unseres Arbeitsnachweises zu bedienen. Gut empfohlene und bewährte Kräfte stehen zur Verfügung.

Wir führen nachstehend einige auf:

I. Büro- und Verkaufskräfte:

78. **Verkäuferin**, 24 Jahre alt, gewandt, mit Praxis in Einheitspreisgeschäften.

79. **Buchhalterin**, 27 Jahre alt, mit mehrjähriger Praxis, auch im Verkauf erfahren.

80. **Stenotypistin**, perfekt, mit langjährigen Zeugnissen eines Schreibbüros und des bayerischen Landtags.

II. Hausangestellte:

81. **Tüchtige Hausfrau**, erfahren in allen Zweigen des Haushalts, übernimmt alle Arbeiten, sucht stundenweise oder tagsüber Beschäftigung.

82. **Kinderfräulein**, 25 Jahre alt, versteht auch einfache Küche und ist bes. geschickt im Umgang mit kleinen Kindern. Gute Zeugnisse.

ZIMMER VERMIETEN:

Zwei schöne leere Zimmer an alleinstehende Dame preiswert abzugeben, Goethestraße 5/II l.

Wilczynski, Dachauer Straße 45/II m., elegant möbliertes Wohn-Schlafzimmer mit Bad, Klavier, Telephon. RM. 35.—.

Engelhard, Hans-Sachs-Str. 8/1, hübsch möbliertes Zimmer, 25 RM.

Bernheim, Äußere Wiener Straße 4, einfach möbliertes Zimmer, 20 RM.

M. Weiß, Römerstraße 6/0, Tel. 35133, zwei Zimmer und Kammer, mit Küchen- und Badbenützung, möbliert oder leer, etwa 60 RM.

S. Kaufmann, Liebherrstraße 20, schönes sonniges Zimmer, möbliert, evtl. mit streng ritueller Pension, 30 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Isa Emrich, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Pilgersheimerstraße 64, München.